

666147-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – JVA Butzbach Grundsanierung - SiGeKo
OJ S 211/2023 02/11/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte
Zentrale Vergabe

E-Mail: info.fbt@lbih.hessen.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: JVA Butzbach Grundsanierung - SiGeKo

Beschreibung: Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination

Kennung des Verfahrens: 7e18b537-071a-4405-af01-9dfb13bd41da

Interne Kennung: VG-0435-2023-1333

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kleeberger Straße 23

Stadt: Butzbach

Postleitzahl: 35510

Land, Gliederung (NUTS): Wetteraukreis (DE71E)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: A. Informationen über die zweite Stufe des Verfahrens: n- Mindestzahl Bewerber, die zur zweiten Stufe des Verfahrens eingeladen werden: 3; n- Höchstzahl der Bewerber, die zur zweiten Stufe des Verfahrens eingeladen werden: 5; nDie Auswahl der Bewerber erfolgt anhand wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit: siehe Auswahlkriterien, sowie ergänzend in den anzufordernden Bewerbungsunterlagen. nGewichtung gem. 743 EU Eignungskriterien mit Bewertungsmatrix: nReferenzen: gemäß den unter III.1.3) benannten Auswahlkriterien (Referenzen 1, 2 und 3 mit jeweils 33,33 %): 100 %; nGgfs.

Losentscheid bei gleichermaßen geeigneten Bewerbern.\n\nB. Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:\nZur Abgabe der notwendigen Eigenerklärungen sind zwingend die vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.\nAls vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert der öffentliche Auftraggeber auch die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE).\nDie ausgefüllten Unterlagen sind wie folgt einzureichen:\n1. Die Teilnahmeanträge sind form- und fristgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform des Landes Hessen (<http://vergabe.hessen.de>) zu übermitteln. Es genügt die Textform nach § 126b BGB mit Angabe des Namens der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt.\n2. Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nur auf Anforderung zurückgegeben.\n3. Im Falle von Bewerbergemeinschaften, Eignungsleihen durch andere Unternehmen (gem. § 47 VgV) und Unterauftragnehmern (gem. § 36 VgV) sind die Formblätter " Bewerbungsbogen" inkl. der geforderten Anlagen und Nachweise von jedem Unternehmen einzeln einzureichen (734 EU).\n4. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung der Bewerbergemeinschaft einzureichen (740 EU).\n5. Im Falle von Unternehmen nach § 47 VgV (Eignungsleihe) und/oder im Falle von Unternehmen nach § 36 VgV (Unterauftragnehmer) ist mit dem Teilnahmeantrag Art und Umfang der Teilleistungen zu benennen, für welche sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird (741 EU). Weiterhin ist eine\nVerpflichtungserklärung der anderen Unternehmen nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen (742 EU).\n6. Der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) ist zur elektronischen Kommunikation mit den Bewerbern und / oder Bietern verpflichtet. Teilnahmeanträge oder Angebote dürfen ausschließlich über die Vergabepattform\ndes Landes Hessen elektronisch in Textform abgegeben werden, es sei denn die schriftliche Angebotsabgabe ist ausdrücklich zugelassen. Die Nichtbeachtung dieser Vorgabe hat den Ausschluss vom Verfahren zur Folge. Interessenten, die an Verfahren des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) teilnehmen wollen, registrieren sich bitte auf der Vergabepattform des Landes Hessen. Hier erhalten Sie weitere Hinweise.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Ausschlussgründe (namentlich §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, 19 Mindestlohngesetz, 21 Arbeitnehmerentendegesetz, 98c Aufenthaltsgesetz, 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz) werden dem nationalen Recht entsprechend geprüft.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: JVA Butzbach Grundsanierung - SiGeKo

Beschreibung: Die JVA Butzbach ist eine Anstalt der höchsten Sicherheitsstufe im Land Hessen. Vollzugsart ist der Regelvollzug für männliche Erwachsene.\nAufgrund des nicht zeitgemäßen Zustandes der Anstalt plant das Land Hessen die Grundsanierung der JVA: deutliche Mängel in Hinsicht auf den Strafvollzug sowie den Brandschutz machen ein Handeln unumgänglich. Die Hauptbaumaßnahmen des \n1. Bauabschnittes umfassen das neue Wirtschaftsgebäude mit nördlich davon gelegenem Lagergebäude innerhalb des

Werkhofgeländes sowie die neue Zwischenpforte. Die Umsetzung der baulichen Eingriffe erfordert umfassende Vorbereitungen, insbesondere vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Durchführung der Arbeiten während laufendem Anstaltsbetrieb. Die Vorbereitungen werden unter der Begrifflichkeit "Vorabmaßnahmen" beschrieben, für welche ein Büro gesucht wird, welches die Leistungen für die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination während der Planung und Bauausführung übernimmt. Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: nein

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kleeberger Straße 23

Stadt: Butzbach

Postleitzahl: 35510

Land, Gliederung (NUTS): Wetteraukreis (DE71E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 02/01/2024

Enddatum der Laufzeit: 05/02/2027

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 147 435,18 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Fortführung "

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags" Der Zulassungsbereich umfasst sämtliche EWR-Mitgliedstaaten sowie Staaten der Vertragsparteien des WTO-

Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß

Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur zu führen. Ist in dem Heimatstaat des Bewerbers die Berufszeichnung gesetzlich nicht geregelt, sind durch Vorlage von

Befähigungsnachweisen vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, deren Anerkennung nach den Richtlinien 2005/36/EG und 2013/55/EU sowie aufgrund dieser

Richtlinien ergangenem nationalem Recht gewährleistet ist. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person die fachlichen Anforderungen

erfüllt, die an die natürliche Person gestellt werden.\n\nDer Zugang zur JVA ist nur für zuverlässigkeitsüberprüfte Personen möglich. Jede Person die mit, für und in der JVA arbeiten möchte, muss sich zuvor einer Zuverlässigkeitsüberprüfung (ZÜP) unterziehen, um ein Höchstmaß an Sicherheit für den vollzuglichen Ablauf und aller daranbeteiligten zu erreichen.\nDas erforderliche Personenüberprüfungsverfahren erfolgt im Rahmen der Beauftragung (s. Anlage zur Zuverlässigkeitsüberprüfung ZÜP).

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter "Zusätzliche Informationen" (siehe zuvor, Punkt B) genannten Form einzureichen: \n1) Verbindliche Erklärung im Formular Bewerbungsbogen, dass keine Ausschlussgründe gemäß §123 Abs. 1 GWB und § 124 Abs. 1 und Abs. 2 GWB vorliegen und dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist;\n2) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S.338;\n3) Erklärung zum EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine;\n4) sofern die Gesellschaftsform dies erfordert: Angabe der Befähigung zur Berufsausübung gemäß § 44 VgV und Eintragung in ein Berufs- und Handelsregister;\nGeforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter "Zusätzliche Informationen" (siehe zuvor, Punkt B) genannten Form einreichen: \n1. Verbindliche Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1, S. 2, Nr. 3 VgV;\n2. Verbindliche Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die entsprechenden Leistungen in den letzten 3 Jahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 und\nAbs. 4 Nr. 4 VgV;\n\nGeforderte Mindeststandards\nzu 1) Mindestdeckung der Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut; Versicherungssumme für Personenschäden 3.000.000,00 EUR, für sonstige Schäden 3.000.000,00 EUR, jeweils 2-fach maximiert im Versicherungsjahr. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Im Falle einer bestehenden Versicherung mit geringerer Versicherungssumme: Eigenerklärung, dass die Summen im Auftragsfall mindestens bis zu den geforderten Summen angehoben werden.\nzu 2) Mindestanforderung an den Umsatz für entsprechende Leistungen: mind. 70.000,00 Euro(netto)/Jahr.\nGeforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter "Zusätzliche Informationen" (siehe zuvor, Punkt B.) genannten Form einzureichen:

- 1) Erklärung aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber beschäftigten Mitarbeiter, die Anzahl der Führungskräfte sowie die Anzahl an mit der Ausschreibung entsprechenden Leistungen betrauten festangestellten Personen, die berechtigt sind die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur zu führen, in den letzten drei Geschäftsjahren ersichtlich ist gem. § 46 Abs. 3, S. 1, Nr.2 VgV;
- 2) Angabe und Nachweis der beruflichen Befähigung und Qualifikation der Führungskräfte und der vorgesehenen Person für die Projektleitung durch die Berechtigung die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur führen zu dürfen gem. § 46 Abs. 3, S.1, Nr. 8 VgV;
- 3) Darstellung von mind. zwei Referenzen nach § 46 Abs. 3, S.1, Nr. 1 VgV für in den letzten sieben Jahren erbrachte vergleichbare Leistungen. Es gehen maximal drei Referenzen in die Wertung ein.

Kurzbeschreibung der Referenz mit folgenden Angaben:

- Art der Maßnahme;
- Art der Nutzung (Justizvollzug, Polizei, Psychiatrie, Bundeswehrstützpunkt);
- Projektgröße, durch Angabe der Gesamtbaukosten (KG 200-600 brutto);
- Angabe der Bruttogrundfläche;
- Projektzeit (Leistungszeitraum des Bewerbers und Bauzeit, Abschluss der Leistungsstufe 2);
- Leistungsumfang des Bewerbers (Angabe des beauftragten Leistungsumfangs, Angabe der beauftragten und erbrachten Leistungsstufen);
- Leistungsstand der Referenz;
- Projektdurchführung nach öffentlichen Vergabevorschriften;
- Benennung des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Kontaktdaten) mit Referenzperson des Auftraggebers;

Das Projektdatenblatt ist jeweils vollständig auszufüllen. Geforderte Anlagen sind beizulegen. Jede Referenz muss in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen belegt werden. Hierbei ist die Darstellung je Referenzprojekt auf eine elektronische Datei in der Größe entsprechend von maximal 4 Blättern DIN A4 zu beschränken. Unterlagen, die unaufgefordert eingereicht werden, gehen nicht in die Wertung ein (z. B. Projektbroschüren).

Referenzen, die als verantwortliche/r Projektleiter/in in einem früheren Arbeitsverhältnis erbracht wurden, werden gewertet, falls eine entsprechende Bestätigung des Auftraggebers oder des ehemaligen Arbeitgebers (in Textform) vorliegt.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Geforderte Mindeststandards

- 1) Mindestanforderung an die festangestellten mit vergleichbaren Leistungen betrauten Ingenieure in den letzten drei Geschäftsjahren (K.O.-Kriterium): mind. 1;
- 2) Mindestanforderung an alle Referenzprojekte:
- 3) Mindestanforderung an alle Referenzen müssen in den letzten 7 Jahren abgeschlossen sein (Abschluss nach dem 01.10.2016).

Mindestanforderungen an die Gesamtheit der wertbaren Referenzprojekte:

- Mind. ein Referenzprojekt muss eine vergleichbare Nutzung hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen nachweisen (Justizvollzug, Polizei, Psychiatrie, Bundeswehrstützpunkt).
- Mind. ein Referenzprojekt muss einen vergleichbaren Bauzeitraum nachweisen (2 bis 3 Jahre); Abschluss der Leistungsstufe 2 nicht älter als 4 Jahre (Abschluss nach dem 01.10.2019).
- Bei mind. einem Referenzprojekt muss die Leistung während der Planungsphase und Bauausführungsphase erbracht worden sein.
- Mind. ein Referenzprojekt muss vollständig im eigenen Betrieb erbracht worden sein.

Die Bewertung der Referenzen erfolgt bei Erfüllung der Mindestanforderungen gem. Wertungsmatrix (743 EU).

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität, Kompetenzen und Erfahrung des Projektteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation zur Qualitätssicherung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Herangehensweise an das konkrete Projekt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Grundleistungen und besondere Leistungen einschl. Nebenkosten

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Stundensätze

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabe.hessen.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=__Details&TenderOID=54321-Tender-189448c0210-345f62a76dc55e95

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: https://vergabe.hessen.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=__Details&TenderOID=54321-Tender-189448c0210-345f62a76dc55e95

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.hessen.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 01/12/2023 11:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: gemäß nationalem Recht

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte Zentrale Vergabe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte Zentrale Vergabe

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte Zentrale Vergabe

Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 06-25930435-74

Postanschrift: Dieselstraße 1-7

Stadt: Bad Nauheim

Postleitzahl: 61231

Land, Gliederung (NUTS): Wetteraukreis (DE71E)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Fachbereich Freiberufliche Leistungen
E-Mail: info.fbt@lbih.hessen.de
Telefon: +49 6032 8862-0
Fax: +49 6032 8862-126
Internetadresse: <https://vergabe.hessen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Federführendes Mitglied
Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: Ust-Identifikationsnummer: DE 812 056 745
Postanschrift: Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151-12-0
Fax: +49 6151-12-6347
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: dc2aabb2-4467-4746-82dc-94b4b0f4fa8f - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 31/10/2023 10:28:11 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 666147-2023
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 211/2023
Datum der Veröffentlichung: 02/11/2023